

Beschlussempfehlung und Bericht **des Ausschusses für Kultur und Medien (22. Ausschuss)**

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Lukrezia Jochimsen, Katja Kipping, Dr. Petra Sitte, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/4411 –

Schutz des Welterbes im Konflikt um die Waldschlösschenbrücke in den Vordergrund stellen

A. Problem

Sollte in Dresden die Waldschlösschenbrücke als Elbquerung wie geplant gebaut werden, so wird die UNESCO der Stadt voraussichtlich den Welterbetitel aberkennen. Nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE. würde dies dem Ansehen der Bundesrepublik Deutschland Schaden zufügen. Deshalb soll die Bundesregierung vermittelnd in den Konflikt eingreifen und sich dafür einsetzen, dass im Zuge einer „moderierten Perspektivenwerkstatt“ ein Brückenkompromiss erarbeitet wird, der sowohl die Interessen der Stadt als auch die Vorgaben der UNESCO berücksichtigt. Den Freistaat Sachsen und die Stadt Dresden soll die Bundesregierung auffordern, den Baubeginn solange auszusetzen, bis Verfahrensvorschläge der „moderierten Perspektivenwerkstatt“ vorliegen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/4411 abzulehnen.

Berlin, den 13. Juni 2007

Der Ausschuss für Kultur und Medien

Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Vorsitzender

Maria Michalk
Berichterstatlerin

Dr. h. c. Wolfgang Thierse
Berichterstatter

Christoph Waitz
Berichterstatter

Dr. Lukrezia Jochimsen
Berichterstatlerin

Katrin Göring-Eckardt
Berichterstatlerin

Bericht der Abgeordneten Maria Michalk, Dr. h. c. Wolfgang Thierse, Christoph Waitz, Dr. Lukrezia Jochimsen und Katrin Göring-Eckardt

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 16/4411** wurde in der 83. Sitzung des Deutschen Bundestages am 2. März 2007 dem Ausschuss für Kultur und Medien zur federführenden Beratung, dem Auswärtigen Ausschuss und dem Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt des Antrags

Der Antrag hat zum Ziel, dass die Bundesregierung sich in den Konflikt um den Bau der Waldschlösschenbrücke in Dresden einschaltet und sich für einen Kompromiss einsetzt. In Dresden soll eine Elbquerung für den Straßenverkehr gebaut werden, die nach Auffassung der UNESCO das Stadt- und Landschaftsbild so stark in Mitleidenschaft zieht, dass dem Elbtal der Welterbestatus entzogen werden müsste. Die Aberkennung des Welterbetitels würde jedoch nach Einschätzung der Fraktion DIE LINKE. dem Ansehen Deutschlands in der Weltgemeinschaft verheerenden Schaden zufügen. Deshalb soll die Bundesregierung sich für eine „moderierte Perspektivenwerkstatt“ einsetzen, die nach einer Lösung sucht, die sowohl den Interessen der Stadt als auch den Ansprüchen der UNESCO gerecht wird. Bis dahin soll der Baubeginn ausgesetzt werden.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** empfahl am 9. Mai 2007 die Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** empfahl am 25. April 2007 die Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im Ausschuss für Kultur und Medien

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat den Antrag in seiner Sitzung am 13. Juni 2007 abschließend beraten und

empfohl die Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Der Ausschuss knüpfte dabei an die Diskussion an, die auf der Grundlage eines ähnlichen Antrags der Fraktion DIE LINKE. (Drucksachen 16/2499 und 16/4460) geführt wurde.

Die **Fraktion DIE LINKE.** warb für Unterstützung ihres Antrages, weil trotz der jüngsten Ereignisse in Dresden und der Gerichtsentscheidungen zugunsten des Baus der Brücke das Engagement der Bundesregierung als vermittelnde Instanz gebraucht werde, solange es eine Chance gebe, mit einer anderen Brückenvariante den Erhalt des Welterbetitels für das Elbtal zu erreichen. Leider sei es in der Vergangenheit versäumt worden, die UNESCO-Konvention zum Schutz des Welterbes in nationales Recht zu überführen. Dies müsse nachgeholt werden. Außerdem müsse das zuständige Ressort eine Koordinierungsstelle für die Welterbestätten in Deutschland einrichten.

Die Mehrheit im Ausschuss hielt den Antrag dagegen für überholt. Die Bundesregierung habe alles ihr Mögliche getan, sie habe zugesagt, eine Tunnellösung zu finanzieren und Verhandlungen mit den Ländern über eine Selbstverpflichtung zum besseren Schutz der Welterbestätten angestoßen, argumentierte die **Fraktion der SPD.** Die **Fraktion der CDU/CSU** verwies auf das Bundesverfassungsgericht, das eindeutig entschieden habe, dass das Ergebnis eines Bürgerentscheids höher zu bewerten sei als der Erhalt des Welterbetitels. Dieser Urteilsspruch sei in die Überlegungen einzubeziehen, wenn es darum gehe, nationale Rechtsgrundlagen für einen stärkeren Schutz der Welterbestätten in Deutschland zu schaffen. Die von der Fraktion DIE LINKE. geforderte Perspektivenwerkstatt habe in dieser Situation keinen Sinn mehr, betonte die **Fraktion der FDP** und appellierte an die verfassungsrechtlich zuständigen Länder, einen nationalen Regelungsrahmen zu schaffen, der Bürgerentscheide von vornherein unmöglich macht, falls mit ihnen die Pflicht zum Schutz des Welterbes ausgehebelt werden sollte.

Berlin, den 13. Juni 2007

Maria Michalk
Berichterstatlerin

Dr. h. c. Wolfgang Thierse
Berichterstatter

Christoph Waitz
Berichterstatter

Dr. Lukrezia Jochimsen
Berichterstatlerin

Katrin Göring-Eckardt
Berichterstatlerin

